

Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe

(Fortsetzung von Seite 3)

mung der öffentlichen Meinung zu schaffen (26).

Progressive Tendenzen

Die Unterordnung der westdeutschen Hochschulen unter die Interessen der Monopole funktioniert trotz der dominierenden Rolle des Staates und der beamtenmäßig gebundenen Professoren-schaft bei steigendem materiellem Anreiz zusätzlicher Industrie-Forschungsmittel, Gehälter und Stipendien, nicht reibungslos! Unter dem Einfluß der zunehmenden Kämpfe der Arbeiterklasse gegen Atomaufrüstung und Notstandsgesetze und für demokratische Mitbestimmung, unter Einwirkung des Vorbilds sozialistischer Länder, und angesichts der sich verstärkenden Verständigungsbereitschaft in Kreisen der SPD ergeben sich progressive Akzentverschiebungen im Komplex der Grundeinstellung bei Professoren, wissenschaftlichem Nachwuchs und Studentenschaft.

Man wird das Spektrum der Differenzierung gar nicht breit genug ansetzen können: Es zeigen sich in immer stärkerer Maße politische Weitsicht und Vernunft, die eng mit Planungsproblemen, mit Fragen der Wissenschaftsprognose und dem Verlaufe der technischen Revolution, aber zugleich auch mit dem aktiven Eintreten für Frieden, Abrüstung und Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten auf Regierungsebene verbunden sind. Von einer nur bedingten Anerkennung der Rolle der NATO (v. Weizsäcker) gibt es Übergänge bis zur völligen Ablehnung der Zugehörigkeit der beiden deutschen Staaten zu militärischen Machtblöcken. Betrachtet man die geistige Situation des westdeutschen Hochschulwesens so als einen dynamischen Prozeß, dann ist die Differenzierung innerhalb der Studentenschaft besonders charakteristisch. Auch deren Rückwirkung auf den Lehrkörper verlangt Aufmerksamkeit. Das zeigt z. B. die Entbindung Professor Sontheimers am 18. 2. 1966 von seinen Aufgaben als Beauftragter der Westberliner Universität für die politische Bildungsarbeit, nachdem die Studenten vom Rektor gemafreigt worden waren und andere Ereignisse.

Quo vadis - VDS?

Die politisch-ideologische Differenzierung - auch dort wo sie nicht immer vordergründig politische Züge trägt - reicht bis in alle Studentenverbände. Besonders nachhaltig ist die Vertrauenskrise, die der VDS nach dem Austritt mehrerer Universitätsorganisationen zu überstehen hatte. Unsicher läßt sich voraussagen, daß die Lebensfähigkeit des zentralen westdeutschen Studentenverbandes davon abhängt, ob seine Vorsitzenden ernst machen mit dem Vorhaben, zur Demokratisierung des westdeutschen Hochschulwesens an Haupt und Gliedern beizutragen. Welchen Einfluß die soziale Zusammensetzung der Studentenschaft hierbei haben kann, beweist außer dem Modellfall der Westberliner Universität auch die Bilanz von Bochum: Die von der akademischen Selbstverwaltung der Ruhr-Universität ausgeschlossenen Studenten haben energisch gegen ihre Zurücksetzung protestiert. Nach einer Untersuchung der in Köln erscheinenden „Welt der Arbeit“ zeigt es sich, daß der Anteil von Arbeiterkindern in Bochum um das Doppelte höher ist als der Bundesdurchschnitt.

Die von den Freiburger Studenten organisierte Aktion sogenannter Bildungswerbung: „Studenten aus Land“, „Studenten an die Fabriktore“ hat freilich vor allem einen illusorischen, volkstümlichen Zug. Sie lenkt von den grundlegenden Aufgaben einer organisierten, wahrhaft demokratischen Reform eher ab, weil sie den Eindruck erweckt, als läge es in erster Linie am guten Willen der Arbeiter oder Bauern, zu studieren. Sehr positiv ist hingegen, daß Studenten hierbei überhaupt stärker mit Arbeitern, Bauern und der Gewerkschaft ins Gespräch kommen. Wenn Industrie und Kulturstreitum solche Bildungs-Werbeaktionen finanzieren, dürfte deutlich werden, wie die Monopolbourgeoisie ihre Bemühungen verstärkt, den Zugang von Arbeiterkindern an die Universitäten untergründig zu organisieren, ja abzufangen. Leider haben weder die sozialdemokratischen Reformpläne noch die andeutungsweise in Heidelberg angekündigten Fortführungen des VDS das über dem westdeutschen Hochschulwesen schwebende Verhängnis angehört, nämlich: hinter der Kulisse der Reformdiskussionen schon jetzt immer fester in das Militarierungsprogramm des westdeutschen Imperialismus gepreßt zu werden. Zur Abwehr dieser Gefahr bedarf es der entschiedenen Abkehr von der gefährlichen Rüstungspolitik der westdeut-

schen Monopolbourgeoisie. Den Weg friedlicher Verständigung in Deutschland weisen dagegen die weitsichtigen Vorschläge unseres Sechspunkte-Programms und die Gesprächsangebote in den Offenen Briefen des ZK der SED an die SPD und im „Offenen Wort“. Sehen wir uns die „Bildungspolitischen Leitsätze der SPD“ vom August 1963 aufmerksam an, so entbehren sie - bei allen begrüßenswerten und interessanten Vorschlägen, die sie enthalten - jener Konfrontierung des westdeutschen Bildungswesens mit der Hauptgefahr, vor der unser gesamtes deutsches Volk steht: der Gefahr des Mißbrauchs von Bildung und Erziehung für aggressive Zwecke. Wenn in diesen „Leitsätzen“ sehr allgemein von der „Zurückhaltung des Staates“ gesprochen wird, so bleibt offen, um wessen Staat es sich hierbei handelt. Ein neues Ausbildungssystem, besserer Zugang „aller Begabungen“ zur Möglichkeit voller Entfaltung, die Erhaltung der Einheit von Forschung und Lehre, ein postgraduales Erwachsenenstudium zu fordern (27) - alles das können wir nur begrüßen, nur müßte es sich wenigstens in einem Punkte von den heute etwa gleichlautenden Vorschlägen der CDU/CSU unterscheiden: in jenem Punkte, der auf Deutschlands Vergangenheit, auf die heutigen monopolkapitalistischen Machtverhältnisse in Westdeutschland und auf die Frage Bezug nimmt, wie das künftige Deutschland aussehen soll, für dessen Bildungswesen die SPD sich einsetzt.

Die westdeutsche Studentenschaft bildet, wie wir sehen, noch keine repräsentative Auswahl entsprechend dem Sozialgefüge der Bundesrepublik. Zu erwartende Verschiebungen zugunsten eines höheren Anteils von Arbeitern und Bauern werden auch höhere Formen der studentischen Organisation und engeren Kontakt der Studentenverbände mit den Organisationen der Arbeiterklasse erfordern. Daraus ergeben sich entscheidende neue Aufgaben, ohne deren Erfüllung von einer demokratischen Bildungskonzeption des westdeutschen Hochschulwesens keine Rede sein kann.

Schlußbemerkungen

Es wäre wünschenswert, gewisse prognostische Vorstellungen darüber darlegen zu können, wie die politisch-ideologische Situation Westdeutschlands sich entwickeln wird. Alle Probleme der Ideologie-Prognose für Westdeutschland sind jedoch engstens verbunden mit Problemen der Prognose für die Tendenzen der technischen Revolution unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in Verbindung mit Prognosen für das Tempo der wachsenden Erfolge im Friedenskampf gegen Atomaufrüstung und Notstandsgesetze und die Einschränkung der politisch-ökonomischen Macht der Monopole. Folgende Erfordernisse einer fortschrittlichen, demokratischen, dem Verlauf der technischen Revolution entsprechenden Hochschulpolitik zeichnen sich für die Angehörigen des Lehrkörpers, des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Studentenschaft westdeutscher Universitäten und Hochschulen ab:

1. Es ist notwendig, in Westdeutschland solche Maßnahmen zu fordern und zu unterstützen, die einer demokratischen Reform des gesamten Schul- und Hochschulwesens und einer demokratischen Bildungspolitik dienlich sind. Dabei ist es erforderlich, zu erkennen, daß die auf staatsmonopolistischer Aneignung beruhende Zielsetzung für Forschung und Lehre und die kapitalistische Nutzung der Wissenschaftsresultate den objektiven Erfordernissen der Entwicklung der Produktivkräfte antagonistisch entgegenstehen. Dieser Antagonismus ist nur überwindbar, durch den Kampf aller demokratischen Kräfte gegen jene als „Reformen“ getarnten politischen Maßnahmen, die die staatsmonopolistischen Machtgruppen zugunsten ihres Profitstrebens und ihrer aggressiven Machtpolitik durchzusetzen versuchen.
2. Analog der progressiven Einstellung der Organisationen der Arbeiterklasse zu den Erfordernissen der technischen Revolution kommt es darauf an, daß die Angehörigen des westdeutschen Hochschulwesens (Professoren, wissenschaftlicher Nachwuchs und Studenten) in einheitlichem Vorgehen mit der Gewerkschaft
 - a) die gesamte akademische Lehre und Forschung unter ihre Kontrolle nehmen, über Inhalt und Form aller Lehrveranstaltungen und Forschungsaufgaben gemäß den objektiven Erfordernissen der Wissenschaftsentwicklung, und der demokratischen Rechte der Werktätigen und im Geiste des Friedens entscheiden und allen Revanchis-

mus und Antikommunismus abwehren.

- b) Gemeinsam mit den Organisationen der Arbeiterklasse sollten die Angehörigen des westdeutschen Hochschulwesens sich für alle Maßnahmen einsetzen, die im Interesse der Disponibilität der Werktätigen mit höherer Qualifikation, im Interesse einer demokratischen Arbeitsplatzsicherung und demokratischen Berufsberatung und -lenkung im Sinne einer demokratischen Wissenschaftsplanung erforderlich sind. Hierzu gehört auch der Kampf gegen jene Lohn-Preis-Politik, die durch wachsende staatliche Ausgaben für die Großforschung und das Bildungswesen getarnt und gerechtfertigt werden soll, die jedoch in Wahrheit in erster Linie durch die wachsenden Rüstungsausgaben belastet ist.
 - c) Mit der Demokratisierung des gesamten Schul- und Hochschulwesens, des Zulassungs- und Stipendienwesens der Hochschulen und der Erhöhung des Anteils von Arbeiter- und Bauernstudenten ist im gemeinsamen Vorgehen von Organisationen der Arbeiterklasse und demokratischen Studentenverbänden die klassenbewußte, auf die nationalen und internationalen Interessen der Werktätigen gerichtete Erziehung gerade jenes Teils der jungen Intelligenz zu erstreben, dem bei einer sozialistischen Umgestaltung der Produktionsverhältnisse Westdeutschlands einmal eine führende Rolle zufallen wird.
 - d) Im Kampf um die volle Gleichberechtigung der Frau sind von den demokratischen Organisationen der Studentenschaft, vom Lehrkörper und von den Vertretern des wissenschaftlichen Nachwuchses auch im westdeutschen Hochschulwesen entsprechende Maßnahmen zur besonderen Förderung des Frauenstudiums und zur Sicherung angemessener Berufschancen bei entsprechender verbesserten sozialen Bedingungen zu fordern.
3. Im Besitz von Schlüsselpositionen in Wissenschaft, Technik und kulturellem Leben verfügen heute die Wissenschaftler über eine potentielle Macht, die hinter der der Arbeiterklasse kaum noch zurücksteht. Das beweisen u. a. auch die Diskussionen um das Streikrecht der westdeutschen Wissenschaftler, die unlängst in aller Öffentlichkeit geführt wurden. Im gemeinsamen Vorgehen mit den Organisationen der Arbeiterklasse sollte es sich deshalb die westdeutschen Professoren, Angehörigen des wissenschaftlichen Nachwuchses und Studenten endlich nach zwei Jahrzehnten einer verfehlten westdeutschen Regierungspolitik zur höchsten Ehre gereichen lassen, alle ihre Möglichkeiten auszunutzen, offizielle Verhandlungen zwischen Vertretern beider deutscher Staaten über die Lebensfragen unseres Volkes im Sinne der Vorschläge Walter Ulbrichts und im Interesse einer Wissenschaft im Dienste des Friedens durchzusetzen.

Anmerkungen:

23. Vgl. Anm. 18.
24. Die Zeit, Heftung 1, April 1966
25. 99 Thesen auf dem Wirtschaftstag der CDU/CSU 1963, Handzettel, Düsseldorf vom 12. Juli 1963, Nr. 131, Seite 12.
26. Eoenda.
27. Bildungspolitische Leitsätze der SPD, Kulturpolitische Konferenz der SED in Hamburg vom 29. 30. August 1963. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen, Heft 2, Jahrgang 1, Konstanz Oktober 1963.
- *) vgl. UZ Nr. 7 66 Seite 5, I. Ljotzinski, „Verstärkte staatsmonopolistische Lenkung des Hochschulwesens in Westdeutschland“
- Nr. 8 66 Seite 5, E. Herlitzki, „Das westdeutsche Hochschulwesen und die formierte Gesellschaft“
- Nr. 12 66 Seite 24, E. Herlitzki, „Die westdeutschen Hochschulen - Dienstleistungsgruppen der formierten Monopolgesellschaft“

Unser Tip für das lange Wochenende:

Dresden bietet mit seinen Museen, seinen Kunstschätzen und Sehenswürdigkeiten wieder einen Anziehungspunkt für Zehntausende. Auch unsere Dresdner Bürger sollten zu den regelmäßigen Besuchern zählen. Waren Sie schon einmal im ehemaligen Landhaus? Hier hat das Institut und Museum für Geschichte der Stadt Dresden eine neue schöne Heimstatt erhalten.

Im Rahmen einer Gedächtnisausstellung „Werke antilastischer Dresdner

Hans Grundig, der seit 1936 Ausstellungsverbot hatte, war vier Jahre im KZ Sachsenhausen eingekerkert. Auf der Gedächtnisausstellung sind Arbeiten wie „Die Reichswehr zieht in Dresden ein“ (1930) und „Achtet die Atomwaffen!“ (1957) vertreten.

Der Faschismus vertrieb den Maler und Maler Eugen Hoffmann aus Deutschland. Er mußte nach Großbritannien emigrieren. Er kehrte 1946 zurück. Von ihm stammt das Standbild

gedächtnisausstellung vertreten. Otto Winkler starb 1960.

Eva Schulze-Knabe, Heimit Hartung und Rudolf Nahter gehören zu den Künstlern, die durch ihre Werke ihre Verbindung zu der Stadt dokumentieren, in der sie leben und wirken.

Im wenigen Zeilen

Rückmeldetermine zum Herbstsemester 1966/67.

Die Rückmeldung zum Herbstsemester 1966/67 für die Studierenden ist festgelegt:

für alle übrigen Studienjahre und Fakultäten einschließlich der ausländischen Studierenden, am Montag, dem 17. Oktober 1966, von 9 bis 16 Uhr in den Fakultäten.

Für diese Studierenden beginnt anschließend ein organisiertes Selbststudium bzw. Berufspraktikum.

für das 2. Studienjahr der Fakultäten Maschinenwesen, Technologie, Elektrotechnik und Ingenieurökonomie am Mittwoch, dem 14. September 1966, von 9 bis 16 Uhr in den Fakultäten.

Die Rückmeldung erfolgt unter persönlicher Vorlage des Studentenausweises. Kann die Rückmeldung aus berechtigten Gründen nicht zum Termin erfolgen, ist das Prorektorat für Studienangelegenheiten spätestens bis zum Termin der Rückmeldung zu unterrichten.

Die ausländischen Studierenden melden sich im Prorektorat für Studienangelegenheiten, Helmholtzstraße 10, Zimmer 89, zurück.

Prof. Dr. paed. habil. Arnold, Prorektor für Studienangelegenheiten.

Achtung, Fernstudenten!

Hauptprüfung Maschinenwesen/Technologie

Prüfung in Radialverdichter der Matrikel X, FR 1 und 12.

Die verschobene Prüfung in Radialverdichter findet nunmehr am 30. September 1966 statt!

Die genaue Zeit wird noch durch Einladung der Abteilung Seminarschulung mitgeteilt.



Wenn besuchen Sie mit Ihren Kindern einmal das Museum für Geschichte unserer Stadt Dresden? Foto: Weidauer

Künstler wird gegenwärtig eine kleine Auswahl von Werken gezeigt, die, mit dem Thema „Dresdner Künstler und ihre Stadt“ verbunden, einen interessanten Einblick in zeitgenössisches und Schaffen früherer Zeit ermöglicht. Die Dresdner Antilastischen und Künstler Hans Grundig, Eugen Hoffmann, Otto Winkler, Fritz Schulze und Reinhold Langner schufen die Werke, die vor 1945 entstanden sind.

Fritz Schulze, Mitglied der KPD, wurde von den Nazis wegen seiner Ehefrau, der Malerin Eva Schulze-Knabe, ins KZ geschickt. Fritz Schulze wurde 1941 wegen Hochverrats zum Tode verurteilt. Seine Holzschritte sind von unverwechselbarer Ausdruckskraft und Klarheit.

„Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ in der Bezirkshaus unserer Partei sowie die ersten Entwürfe für die Figurengruppe in der TU-Gedenkstätte für die ermordeten Antilastischen.

Reinhold Langner hat nach 1945 viel Kraft für den Aufbau der Professur für Plastik an der Hochschule für Bildende Künste in Dresden und der Entwicklung des Volkspolizeistiftens in Dresden eingesetzt. Reinhold Langner verstarb 1957.

Der Bildhauer Otto Winkler war zu Zuchthaus und Zwangsarbeit, Berufsverbot und Polizeiaufsicht in der Zeit des Faschismus verurteilt. Im Februar 1945 wurde sein gesamtes Lebenswerk ein Raub der Flammen. Liebevoll gestaltete Kleinplastiken sind in der Ge-

Unsere VOLKSPOLIZEI berichtet

Ich habe meinen Personalausweis verloren...

Wie oft müssen die Genossinnen und Genossen der Volkspolizei diese Tatsache aus dem Munde unserer Bürger zur Kenntnis nehmen. Bei der Befragung, wie es dazu kam, gibt es dann oft Antworten wie diese: „Ich muß den Personalausweis beim Einkaufen liegen lassen haben“, oder „er muß mir aus der Einkaufstasche gestohlen worden sein.“ Andere Bürger finden keine Erklärung, wie ihr Ausweis aus dem Mantel oder den Anzughäsen verschwinden konnte. So kann häufig während der Badesaunabesuche beobachtet werden, wie Badegäste leichtfertig und unbefugterweise ihr persönliches Eigentum auf der Liegewiese oder am Badestrand zurücklassen. Mit Entsetzen mußte schon mancher nach seiner Rückkehr feststellen, daß Brieftasche mit Ausweis und Papieren, Geldbörse und Wertgegenstände in der Zwischenzeit von unbekannten Tätern entwendet wurden. Aber die Erkenntnis, daß die Bürger selbst durch ihr leichtfertiges, sorgloses Verhalten den Dieben Vorhandlungsmöglichkeiten, kommt fast immer zu spät. Viel Geduld und Beharrlichkeit müssen in solchen Fällen unsere Volkspolizisten aufbringen, um klarzumachen, daß Leichtsinns, Unachtsamkeit, ja oft sogar die Gleichgültigkeit

der Geschädigten sie selbst in derartig unangenehme Situationen gebracht haben. Noch gibt es Schmarotzer an der Gesellschaft, die ohne regelmäßige Arbeit versuchen, ein bequemes Leben durch Betrug, Diebstahl und ähnliche Delikte auf Kosten unserer Bürger zu führen. Der Personalausweis bildet hierbei oft ein beliebtes Tausch-, Leih- und Zahlungsmittel. So nehmen z. B. vertrauensvolle Personen diese widerrechtlich angelegenen Ausweise zum Pfand für ausleihbare Geldbeträge oder Wertgegenstände entgegen! Sogar Zechen werden damit beglichen und die Reihe begangener strafbarer Handlungen ließe sich fortsetzen.

Jeder Bürger unserer Republik muß erkennen und verstehen: Der Personalausweis ist sein wichtigstes Dokument und ist sorgfältig aufzubewahren. Gerade weil dieser Ausweis unser täglicher Begleiter ist, sollen die zur Aufbewahrung vorgesehenen Taschen ständig geschlossen gehalten werden! Die vielfältige Praxis der Volkspolizei beweist, daß besonders Jugendliche ihre Personalausweise leichtfertig verwalten und unter den Verlustanzeigen häufig anzutreffen sind. Der Personalausweis ist aber nicht irgend ein Stück Papier, sondern ein wichtiges Do-

kument zur Erhaltung von Ordnung und Sicherheit des öffentlichen Lebens unserer Gesellschaft und somit jedes einzelnen.

Jeder Bürger ist verpflichtet, den Verlust seines Personalausweises sofort bei der nächsten Dienststelle der Deutschen Volkspolizei anzuzeigen. Gleichmaßen verpflichtet ist jede Person beim Auffinden eines Personalausweises, diesen umgehend bei der nächsten Dienststelle der Volkspolizei abzugeben. Also, ein wenig mehr Aufmerksamkeit diesem wichtigen Dokument. So erspart sich jeder Bürger persönlichen Ärger, Unannehmlichkeiten, Zeit und nicht zuletzt auch bares Geld.

Volkspolizei-Kreisamt Dresden, Abt. Paß- und Meldewesen

Herausgeber: SED-Universitätsparteileitung der Technischen Universität Dresden. Redaktionskollektiv, Redaktion: 6027 Dresden, Helmholtzstraße 6, Telefon: Stwahl 4 83, HF 51 91 und 28 82. Verantwortl. Redakteur: Thomas Gröbel, Redakteur: Hannelore Murawski. Fotos, soweit nicht anders vermerkt: TU-Bildstelle. Für unverlangt eingesandene Manuskripte usw. wird keine Haftung übernommen. Veröffentlichung unter Lizenz-Nr. 52 beim Rat des Bezirkes Dresden. Satz und Druck: Grafischer Großbetrieb Volkspolizeifreundschaft, Dresden, Betriebsrat Julian-Grimm-Allee (111/9/286).